

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, 9. Februar 1929

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 528 62.  
Buchhandl. 1. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mk. halbjährlich 4,50 Mk. monatlich 0,86 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht angenommen.

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.  
Telefon: Marktplatz Nr. 7822.

## Zukunftsmusik

Der Reichshaushalt des Jahres 1929 macht der Hermann Müller-Regierung große Kopfschmerzen. Es findet sich keine Partei, die nach außen hin die Verantwortung für die in diesem Jahr zu erwartenden Krisenlasten übernehmen will. Diese Schon vor der offiziellen verantwortlichen Zeichnung gründet sich insbesondere auf die drohende Wirtschaftskatastrophe. Die neuen statistischen Veröffentlichungen zeigen immer klarer, daß seit dem Oktober 1928 der Konjunkturrückgang mit Riesenschritten vor sich geht. Dieser Abstieg ist um so bemerkenswerter, als die europäische und außereuropäische Umwelt nicht in solch großem Ausmaß davon betroffen worden ist. Genau so wie die deutsche Konjunktur des Jahres 1927 aus dem Rahmen der Weltwirtschaft fiel, die damals einen Rückgang der Konjunktur aufwies, so haben wir jetzt eine Krise zu verzeichnen, während die übrigen kapitalistischen Gebiete Nennwerte der Krise sind. Dies ist kein Zufall, sondern beweist, daß die deutsche Wirtschaft sich noch nicht in die Weltwirtschaft eingeleitet hat. Die deutsche Hochkonjunktur im Jahre 1927 ist das Produkt des Konjunkturrückganges im Ausland. Die durch den Konjunkturabstieg im Ausland frei werdenden Kapitalien wanderten in die höhere Verzinsung bietende deutsche Wirtschaft. Es fand daher gerade im Jahre 1927 ein starker Kapitalzufluß und damit verbunden eine gesteigerte Einfuhr nach Deutschland statt, der aber nicht eine dementsprechende Erhöhung der Ausfuhr gegenüberstand. Die Einfuhr im Jahre 1926 betrug 9,70 Milliarden und stieg im Jahre 1927 auf 13,72 Milliarden, also um 4 Milliarden, während die Ausfuhr im gleichen Zeitraum sich nur um 360 Millionen, und zwar auf 10,37 Milliarden erhöhte. Diese Ziffern erklären ohne weiteres, daß es sich hier um eine Inlandskonjunktur, hervorgerufen durch ausländische Kredite handelte. Das Ausland war in der Lage, Kapital zu exportieren, weil es infolge seines eigenen Konjunkturrückschlags Kapital frei hatte. Sobald es selbst das akkumulierte Kapital in eigenen Land verwenden konnte, hörte die Abgabe von Kapital nach Deutschland und damit auch die weitere Möglichkeit, die Binnenkonjunktur aufrecht zu erhalten, auf.

Der Rückgang machte sich erst vor August ab besonders bemerkbar, da noch in den ersten vier Monaten die Kapitalzufuhr und auch noch die Rückwirkungen der 1927er Konjunktur fortwirkten. Dementsprechend war die Einfuhr im Jahre 1928 sogar höher als im Jahre 1927, und zwar stieg sie auf 14 Milliarden. Diese Steigerung war gleichzeitig auch mit einer Erhöhung der Ausfuhr auf 12 Milliarden verbunden. Diese Tatsache ist auf eine künstliche Forcierung der Ausfuhr wegen des Rückganges des Binnenmarktes zurückzuführen. Gegenüber 1927 hat sie sich um rund 1 1/2 Milliarden erhöht. Seit Oktober ist aber wiederum ein Rückgang der Ausfuhr zu verzeichnen. Der Monat Dezember blieb um 200 Millionen gegenüber dem Oktober zurück.

Das deutsche Kapital war zu der Forcierung der Ausfuhr wegen der hohen Einfuhr der ersten Monate und wegen des Ausbleibens der weiteren Kapitalzufuhr gezwungen. Die Ausfuhr brachte aber immer stärkere Verluste, die nicht durch erhöhte Inlandspreise wieder eingebracht werden konnten. Die starke Rationalisierung machte auch wesentliche Herabsetzungen der Unkosten unter Verweigerung des Betriebes unmöglich, weil sie in sich das Gesetz birgt, daß Rationalisierung nur auf einen bestimmten Produktionshöhe rentabel ist. Sobald dieser erreicht wird, sind die entstehenden Verluste unvermeidlich hoch. Es ist daher für das Kapital viel rentabler, die Betriebe stillzuliegen, als Kurzarbeit einzurichten. Daraus erklären sich die enormen und schnell ansteigenden Arbeitslosenfiguren. Mehr als 3 Millionen Arbeiter hat das deutsche Kapital auf die Straße gesetzt, wenn man dabei die ständige Arbeitslosenfiguren von einer halben Million berücksichtigt.

Aus den angezeigten Gründen würde es auch für das deutsche Kapital nicht mehr rentabel, die Ausfuhr im bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten. Es sah sich daher gezwungen, die Konjunktur mit einem Schlag abzubreken. Diese Notwendigkeit gibt besonders noch zu denken, weil das Jahr 1928 eine der Menge wie der Güte nach ausgezeichnete Ernte gehabt hatte. Nach einwandfreien Berechnungen ist durch die dadurch hervorgerufene Einheimischerzeugung und Ausfuhrsteigerung ein Betrag von 430 Millionen der deutschen Wirtschaft zugeflossen. Wenn trotzdem die Landwirtschaft sich in einer erheblichen Notlage befindet, so beweist dies, daß der Anflug, wie er sich in den Jahren nach der Stabilisierung vollzogen

## Auf die Schanzen!

Durch die gesteigerte Republik schallt der Hunger-schrei Millionen Arbeitloser. An den Brettern der Textilbarone prangen die Ankündigungen für die Verringerung des Hungerlohnes — oder Aussperrung. Die Bonzokratie der Panzerkreuzerpartei wisselt ob der zerbrochenen „Koalition der Köpfe“: die Bourgeoisie lacht über die „Staatsverantwortung“ platter Emporkömmlinge, und bestreift alle Zweifel, daß die Ministerlinge der Panzerkreuzerpartei mehr sein können als das fünfte Rad am Wagen; mehr, wie Lakaien. Ihre „vaterländische“ Gesinnung hat ihnen nichts genützt; die Bourgeoisie nimmt die Handlungsdienste ihrer Kriegsknechte wie eine Selbstverständlichkeit hin. Noch im Stolpern bespeien die korrupten Bonzenkönige die eigenen Genossen, die gegen den Stachel des stinkenden Patriotismus löken, und für die die Bourgeoisie das Stichwort der „vaterlandlosen Gesellen“ neu aufbeißelt, sie des Landesverrats der Geldsackrepublik zeilt — als Leute, mit denen die Sozialdemokratie als Partei nichts zu tun habe, und mit denen man auf dem kommenden Parteitag Fraktur reden werde. Die Krise wirft ihre erdrückenden Schatten in Millionen Arbeiterleben, entwirrt sie, wirbelt sie widerstandslos durch die Gassen der demokratischen Freiheit, wo der Gummknüppel ihres Gewerkschaftskollegen Zögriebel auf sie wartet, um sie zu beruhigen. Unter den Klängen der Jazzmusik erfüllen Arbeiterführer ihre schwere Pflicht, die Freudenfeste der Ballsaal über sich ergehen zu lassen, während draußen der kleine Belagerungszustand die Hungernden in Schach halten soll. Die eifersüchtigen Weiber von Arbeiterministern wetteifern in Toilette und gutem Ton mit traditionellem Bürgertum und lücheln aus den Magazinen für moderne Perversität an. Gleichberechtigung und Demokratie, Hungerminister Wissel warme Worte aus warmem Herdengut für die Arbeitslosen, die der weiße Tod hetzt. Hilferding schreibt heute Steuern aus; die Feitsche der Sozialdemokratie bringt den Lohnsklaven bei, daß sie eben auch, wie andere Volksgenossen, deren Reichtum auf den Leichen der Selbstmordkandidaten und Verhungerten fließt, Opfer bringen müssen.

„Und wohin geht die Reise? Das wissen sie alle nicht, wollen es auch gar nicht wissen. In den Dunkelkammern des demokratisch regierten Vaterlandes entstehen Pläne noch und noch. Nur ist oben recht wenig „möglich“, ist ein Phantast! In den Betrieben gerät der Atem ins Stocken; die bange Frage nach dem Morgen schimmert aus verschüchterten Sklavenaugen. Hunderttausende zittern — vor dem Weg ins Nichts, vor der Hungerpeitsche der Entlassung. Der „organisierte Kapitalismus“ organisiert das Chaos und begräbt Millionen Überflüssiger in der Illusion, daß die kapitalistische Profitwirtschaft anders mahlt, wenn andere Lakaien ihre Vorzüge anpreisen. — Und nichts rührt sich! Stumm verharren die Massen des nacheinander in den Streik geführten Proletariats in zersetzender Passivität; dokumentieren lediglich, wie schwer sie an der Niederlage schleppen, die der große blutige Aderlaß für das Proletariat bedeutete. Ein wüster Radau begleitet den Ringkampf um die Posten in den Gewerkschaften, listigen stinkenden Arbeiterverrats und kapitalistischen Dienstbarkeit. „Führer“ Garnituren gehen und kommen in der stalinischen Sozialdemokratie, die an den Rockschößen der russischen Bauern zappelt und die infolge ihrer konterrevolutionären Bindungen gefühlsmäßig revolutionäre Arbeiter mit ihrem vergifteten Ochsenmesal, dem Leninismus, politisch umbringt. Die Niederlage war gründlich. Die laufende Todeskandidaten wandern — läßt die erschrockenen Massen in die Prater des ordinarsten, bödewütenden Kapitalismus blicken, zu dessen Kreisgeheul die Psalme der roten Pfaffen passen wie das Geschwätz dummpfiffiger Kriegspaffen zu dem Geheul der Granaten. Wie lange noch! Muß erst der Rest einer ganzen Generation noch verkümmern und vertroteln, ehe die proletarische Klasse in den kapitalistischen Hexensabbath ihr Halt! schreien kann? Ehe die Flamme der Proletarierrevolution die Massen hochtragen und sie für ihre historische Mission befähigen kann? Ehe das Proletariat bereit, daß es, bei Strafe seines Unterganges in Nacht und Grauen, auf die Schanzen steigen muß?

hat, auch nur eine Scheinblüte gewesen ist. Trotz des erheblichen Rückganges der Kaufkraft breiter Massen forderte der preußische Landwirtschaftsminister Steiger eine Erhöhung der Preise für alle Agrarprodukte und künftige Zollerhöhungen für Rindfleisch von 16 auf 22 und für Schweinefleisch von 16 auf 26 Mk. an. Trotz des Rückganges der Industriekonjunktur erleben wir eine bewußte Steigerung des notwendigen Lebensbedarfs. Stärker konnte die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft der Arbeitschaft nicht vor Augen geführt werden. Vollkommen hilflos steht die SPD, und die Gewerkschaften andern. Jeder ist schlechter als der andere. Das katastrophale aber ist die lange Dauer der Tarifverträge, die feste Bindung der Arbeiterschaft an die in der rückläufigen Konjunktur vom Kapital gewährten Löhne. Früher waren die Gewerkschaften stolz darauf, daß sie in der Hochkonjunktur die Löhne für die Krise festlegten. Jetzt sind die Hochkonjunktur der Ausgangspunkt. Dabei ist aber den Gewerkschaften wohl bewußt, daß das Kapital nur ein Ausweg aus der Krise durch verstärkte Rationalisierung sucht. Für das Kapital blüht so aus dem sozialdemokratischen Schiedssprüche ein doppelter Segen. Nicht genug damit, geht das Kapital in sehr geschickter Weise gegen die Schiedssprüche vor und bringt so die Sozialdemokratie in eine noch schwieriger Lage. Die jüngste Entscheidung des Reichsgerichts im Kampf innerhalb der nordwestdeutschen Eisenindustrie bezeichnet der sozialdemokratische Professor Sinzheimer mit Recht als eine „Wende im Schlichtungswesen“. Sie besagt nichts weniger als dies, daß nicht, wie bisher der sogenannte unparteiliche Vorsitzende selbstherrlich die Entscheidung fällt, falls die Parteien sich nicht einigen, sondern daß eine Stimmenmajorität zur Entscheidung vorhanden sein muß. Der Vorsitzende muß sich also entweder mit den Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerparteien einigen. Dies bedeutet in der Praxis, daß eine Partei schon vorher den Schiedsspruch annimmt, oder den von ihr zuge-

Hier ist eine opportunistische Gefahr, der man selbst auf der Plattform von Lotzki, zweideutig wie sie ist, in keiner Art entgegenarbeiten kann.

Diese weitverbreitete optimistische Geisteshaltung spiegelt die besonders bevorzugte Lage des französischen Kapitalismus wieder und die Bildung einer wichtigen Schicht der Arbeiteraristokratie. Diese Elemente, die zum Teil diese Tendenzen der Entwicklung in Frankreich ausdrücken, sehen die Welt aus der aktuellen Situation Frankreichs und selbst da noch als eine privilegierte Schicht des französischen Proletariats. Und so urteilen sie, daß die Situation überall dieselbe sei. Diese nationale Beschränktheit ist ein wenig das Charakteristikum der großen Theoretiker der Arbeiterbewegung von Proudhon bis zu Jaurès. Es ist klar, daß die objektiven Faktoren, die diese nationale Beschränktheit bestimmen haben und noch bestimmen, d. h. die Vorherrschaft des kleinbürgerlichen Elements zunächst und die Bildung einer proletarischen Schicht erst hinterher, nicht Unbeweglichkeit erstarrt sind. Ihre Verwandlung ist leicht voraussehen in einer Periode, in der die Überproduktion scheitert an der allgemeinen Unterkonsumtion und in der die Chancen des französischen Kapitalismus auf dem Gebiete der Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht die größten sind. Dann gibt die Bildung eines gleichartigen und zusammengefaßten Proletariats der Situation einen neuen Ausblick. Diese beiden Umstände zusammen könnten eine gänzlich andere Situation beschreiben und den Weg frei machen von den Trümmern der kleinbürgerlichen Tradition. Eine Reinigungs-tendenz des proletarischen Milieus könnte sich bemerkbar machen gegenüber den privilegierten Schichten und deren ideologischen Tendenzen.

Es ist endlich festzustellen, daß einestells die offizielle kommunistische Partei sich erweist als ein Element, das Verwirrung und Unordnung in der Arbeiterklasse sät, und andererseits die Elemente der Opposition einen anderen Faktor der Niedergeschlagenheit hineinbringen, indem sie die Illusion von der kapitalistischen Stabilisierung verbreiten. Die kommunistische Partei bedient sich augenblicklich einer falschen linken Demagogie mit einem Ziel, das gewiß im Zusammenhang mit der Außenpolitik des neuen Rußland steht, womit aber eine wirkliche linke Linie verloren und verfälscht wird. Die Oppositionellen ihrerseits nutzen diese demagogische Stellungnahme der Partei aus, die auf dem Terrain des Parlamentarismus und des Reformismus die Lösung der Klassenfrage beschützt, das unsere Genossen der AAU, die im Hattenarbeiterkampf an der Ruhr hineingeschleudert haben. Gleichzeitig mit der Linie der Partei bekämpfen diese Oppositionellen die Linie der Linken, indem sie die Verfallschance dieser Linie mit deren wirtlichen proletarischen Inhalt gleichsetzen. Auf diese Weise gelangt dann Souvarine zu den veralteten Positionen von Marx im Jahre 1848 oder 1883, um festzustellen, daß die Lösung „Klasse gegen Klasse“ keinerlei Bedeutung für den Marxismus habe. Und er sagt das, indem er die vorherrschende Rolle von Proletariat und (I) Bourgeoisie in der gegenwärtigen Phase der Geschichte feststellt. Er stellt mit der größten Leichtigkeit des geübten Schriftstellers, Digne 1831, die ganz und gar gegenteiligen, indem sie die Illusion mit seiner Stellungnahme von 1925 gegenüber den Elementen der Gruppe Loriot (Bigot usw.), wo es schien, als ob der alte Sekretär der KPP, diesen letzteren Elementen gegenüber ihre Schwäche gegenüber der Mittelschichten hervorzuheben, in ihrem mangelhaften Verständnis für die Wichtigkeit der Rolle des Proletariats. Und Naville, der Ex-Chefredakteur der „Ex-Clarté“, der dem Problem der Mittelschichten eine glückliche Lösung gegeben hatte, indem er zeigte, wie Marx und Engels dieses Problem eine Lösung auf der Basis einer Analyse der Tatsachen gegeben hatten, und daß man es heute ebenso machen müsse, Naville, der zu dem Schluß zu kommen schien, daß die Rolle der Mittelschichten im Lichte der Tatsachen und der Ziffern heute gänzlich unbedeutend in Frankreich sei und die Rolle des Proletariats besonders betont, befindet sich heute an der Seite von Souvarine. Diese ideologische Leichtigkeit ist eine Mode unter den französischen Oppositionellen. Der Unterschied zwischen diesen Elementen besteht darin, daß der Professor der Universität Jena eine gewisse theoretische Cohäsion (Verknüpfung) aufweist, die sich auf dem Gebiete der Praxis in einem um so gefährlicheren Opportunismus verwandelt, als der Taktiker und geschätzter Gelehrter ist, während die Brust der kleinbürgerlichen Halbgelahrten der französischen Opposition grazios und ungezwungen von einer ideologischen Blüte zur anderen flattert und darauf wartet, von Korsch eine gute Note auf dem Gebiete der Praxis zu bekommen.

Sehr großes Interesse gewährt die neue neo-syndikalistische Haltung von Loriot. Dieser bisherige Mitarbeiter der „Revolution proletarienne“ hat eine kleine Broschüre „Die Probleme der Revolution“ veröffentlicht. Ausgehend von Erfahrungen als Grundlage kommt er nach der Feststellung des Zusammenbruchs der 2. und 3. Internationale zu dem Schluß, daß die Partei nicht die Einheit der Arbeiterklasse gewährleisten kann, und daß allein eine Massenorganisation (Gewerkschaftsorganisation) im positiven Sinne das Problem der revolutionären Einheit der proletarischen Klasse lösen könnte. Aber da er die Einwände der Gegner über die Frage der Gewerkschaftsorganisation, die er als Ausdruck der vollkommenen proletarischen Einheit betrachtet, fügt er hinzu, daß die Bewegung, so wie er sie begriff, nicht die aktuelle Gewerkschaftsbewegung sei, sondern eine andere Sache, irgendwas Vollkommenes. Er bestimmt nicht diese neue Form, er zeigt nicht die Tatsachenelemente, aus denen diese neue Organisation hervorgehen sollte. Sicherlich stimmt die „Ligue syndicaliste“ der Monattisten, in der Loriot sich zur Zeit zu befinden scheint, in der Wirklichkeit nicht mit dem reinen Begriffsmodell Loriot überein. Die syndikalistische Liga hält mit Erbitterung an der Vereinigung der beiden Gewerkschaftsvereinigungen fest (in dieser Hinsicht ist sie einzig mit der Gruppe Paz-Deffosse) und sie legt keinerlei Wert auf die Betriebsbasis. Im Gegenteil hält sie sich auf einem streng professionellen und korporativen Boden, wenigstens bis jetzt. Monate hat sogar in der „Révolution proletarienne“ einen Artikel von Firmen veröffentlicht, der eine Rechtfertigung der „Gewerkschaft“ ist. Er wiederholt das Verschwenden der CGTU (Moskauer Gewerkschaften), die zwar gänzlich bürokratisiert, doch an ihrer Basis Spuren von „Betriebsorganisationen“ aufweist, in der CGU, die eine ganz und gar professionelle und korporative Grundlage hat. Es ist leicht festzustellen, daß die Bestimmung von Piemont für Monate keineswegs gerechtfertigt ist, und daß der Gründer des jetzigen Spartakusbundes die Plattform der französischen „Ligue syndicaliste“ keineswegs begriffen hat. Die Sympathie der Gruppe für die sogenannte linke der Amsterdamer Gewerkschaftsbewegung gerichtet.

Es ist wahr, daß das Begriffsmodell von Loriot, wie wir glauben, mit dem von Piemont übereinstimmt. Es ist wahr, daß, wie Piemont, auch Loriot glaubt, daß sein metaklassisches Modell die Widersprüche zwischen Ökonomie und Politik lösen könnte, und daß er uns das Geschenk einer politisch-gewerkschaftlichen Einheitsorganisation, derart, wie der Neo-Spartakusbund Piemonts, beschreiben müßte, aber es ist ebenso wahr, daß Loriot zu der „Ligue syndicaliste“ gehört, die Anhänger, und, wie es scheint, ganze Teile der CGTU, löst, um sie in die Amsterdamer CGU zu führen, wobei es nicht auf sich hat, ob sie dabei unter das Hackmesser des Schlichtungszwanges geraten oder nicht.

Man sieht also deutlich, daß die Lösung Loriot's im Grunde nichts anderes ist, als die Idealisierung der Einheit auf einer reformistischen Basis. Aber diese Lösung stößt die Diktatur des Proletariats als Ziel im selben Augenblick zurück, wo die politische Partei als Instrument des Klassenkampfes leuchtet. Was hieraus folgt? Daß es für die kommunistischen Syndikalisten kein Organ geben wird, das die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur ausdrückt. Aber trotzdem sind Loriot und die Syndikalisten auch für die proletarische Diktatur. Aber nur mit dem Munde. Diese Tatsache wird den Lesern an der Stelle klar, wo Loriot feststellt, daß die Teilnahme von immer größeren Massen an der idealen Organisation, wie er sie aufläßt, die Anwendung von Gewalt, die der proletarischen Revolution mehr und mehr überflüssig mache.

Die Auffassung von Loriot könnte nur zu einer evolutionären Arbeiterpolitik führen. Man muß anerkennen, daß er hierin wenigstens konsequent ist. Aber man muß gleichzeitig unterstreichen, daß er hierin rechter als Souvarine und andere ist, und daß der Monattismus in der Sauc von Loriot dem reinen Monattismus gegenüber nichts gewonnen hat. Der Syndikalismus à la Loriot hat eine Fortsetzung, die der „Vérité“ sagt, Body bemächtigt sich der Idee von Loriot und macht sie zur seinigen, indem er sie bis zu den äußersten Konsequenzen treibt. Er spricht von nichts anderem als von der idealen Organisation, in der das Proletariat seine revolutionäre Einheit finden wird. Sicherlich kann sich Piemont vor Freude nicht lassen, wenn er derartige Dinge liest, denn er glaubt, daß sein Tramm Wirklichkeit werde. Und was für eine Wirtschaft! Es genügt einen Blick auf die hier erschienenen Nummern zu werfen, um zu begreifen, daß diese Idealorganisation nichts mit einer Organisation auf Grundlage der Betriebsorganisation gemein hat, sondern daß sie eine Melange von Monattismus, Souvarinismus, Brandierismus ist, ohne Zweifel die Grundlage für vielerlei ehrenwerten parlamentarischen Ehrgeiz. Man sieht hieraus, wohin die ideale Organisation und die „Vérité“ lesen, um zu begreifen, daß diese armen Brandier und Thälheimer 1923 ehrenwert behandelt haben. Nur in Frankreich kann man in den Zeitungen der Opposition die Agenten des bolschewistischen Verrats von 1923 verteidigen! Man sieht hieraus, wohin die ideale Organisation und die „Vérité“ geraten sind. Das ist immer wieder die Politik der ehrenhaften Führer, die man der Politik der unehrenhaften entgegensetzt, die Politik der Brandier, der die Politik der Thälheimer gegenüberstellt, der Manotte gegenüber den Semard. Das ist eine Politik, deren Ausdruck nicht von unten kommt, Führerpolitik der schlechtesten Sorte.

Unter diesen Umständen ist die zu erfüllende Aufgabe sehr schwierig. Man darf sich nicht viel Illusionen über die Dauer machen, die die Revolution in Frankreich sehr düster ist. Der Wirklichkeit vor Gesichts, heißt nicht den Man verjagen. Die Geschichte arbeitet und unsere Arbeit mit der Hacke erlaubt uns, selbst wenn sie nicht die umfassendste ist, die keine der kommunistischen Bewegung der Linken zu legen. Was geschehen muß, ist dem Proletariat die ganze Wahrheit sagen, nicht die verfälschte „Wahrheit“ der Body oder der „Wahrheit“, wie sie die Balabanov verbreitet, sondern die Wahrheit, wie sie in ihrer geschichtlichen Entwicklung zutage tritt und nicht in den Begriffskonstruktionen der Führer.

Der Klub rotter Funktionäre hielt am Donnerstag, den 24. ds. Monats, seine Monatsversammlung ab. Die Gedemokratie hielt Gen. Weißkopf. Nach einer vorangehenden Schilderung der Lebensarbeit und des Kampfes dieses zwei Helden und unter dem Hinweis kommender Kämpfe erhoben sich zur Ehre der Spartakusbund alle Genossen und Genesinnen und gaben das Gelübnis ihrer Treue und steten Kampfbereitschaft für das Proletariat ab.

Die Feier fand ihren Abschluß mit dem Liebknecht-Luxemburg-Lied.

Gesang der Bürokraten! Wir sind die Bürokraten Von echtem Schrot und Korn. Wir sind die Potentaten Und stoßen in das Horn. Wir, die Apparatschiken, Wir sitzen warm und weich. Und ihr habt nur zu nicken, Sonst fliegt ihr also gleich.

Ihr zahlt die Mitgliedsgeelder So wie es sich gebührt; Denn ihr müßt löfeln selber. Was ihr Euch einberührt. Drauf wachtet nicht zu mucken, Sonst trifft Euch unser Bann. Uns in die Suppe spucken. Das geht nicht an.

Wir sind die gut Fundierten, Was da auch kommen mag, Ihr seid die Angehörigen, Heut' wie am Roßen Tag.

Der Henker Saccos tot. William J. Hendry, der Henker des Staatsgefängnisses in Charlestown, Mass., der Sacco und Vanzetti harrichte, ist in seiner Wohnung in der Gefängnisanlage nach längerer Krankheit im Alter von 57 Jahren gestorben.

Henry war durch die Tatsache, daß er die beiden Männer harrichte mußte, so ergötzt, daß er nach der Tat Urlaub nehmen mußte. Er soll nie an die Schuld der beiden schuldig und Gouverneur Fuller mehrmals ersucht haben, sie zu begnadigen. — Soweit der „Vorwärts“. Das revolutionäre Proletariat sieht hier den Ausbruch der „Verräterer Beamten“, der proletarische Vorkämpfer in Elektrizität kocht und ist über das Schicksal dieses bezahlten Schinders völlig ungerührt.

Die „Rote Fahne“ für den heiligen Krieg. In der Nummer vom 22. I. 29 dieser Zeitung lesen wir im Fettdruck: UP, Allahabad, 21. Januar. Eine starke Bewegung zugunsten Amanullahs ist unter den indischen Mohammedanern im Gange. In Massenversammlungen, die in Peschawar und Lahore stattfanden, wurde die weitestgehende Unterstützung für den indischen Mohammedaner beschlossen und der Usurpator Bacha-i-Saqau in verschiedenen Resolutionen als Feind Afghanistans bezeichnet und zu „ewiger Unruhe im Feuer der Hölle“ verdammt. Von seiten vieler Redner wurde der „heilige Krieg“ gegen die atchmanischen Millitars beantragt und gefordert, daß die indischen Mohammedaner das Menschenmögliche täten, um Amanullah wieder zu seinem Throne zu verhelfen.

Die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Tietz, Berlin N. Jasmunder Str. 20, bei Kresse. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isdonat, Berlin O 17.

Der „Arane Bucharin“. Nach einer Meldung des Temps aus Moskau ist Bucharin zu einem mehrmonatigen Erholungsurlaub nach dem Süden Rußlands abgereist. In der Kommunistischen Internationale tritt an seine Stelle ein Dreierkomitee aus Stalin, Molotow und Imeral. Damit hätte Stalin direkt die Leitung der Kommunistischen Internationale an sich gerissen. — Wir wünschen Bucharin bevor er in Sibirien seine Kur antreten muß, gute Besserung.

Von „Rechts“ wegen. Das Reichsarbeitsgericht fällt nach Verhandlung der Berufung im Ruhr-Arbeitskonflikt folgendes Urteil: „Das Urteil des Landesarbeitsgerichts Duisburg vom 24. November 1928 wird aufgehoben. Die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Arbeitsgerichts Duisburg vom 12. November 1928 wird zurückgewiesen. Der in der Streit-sache der Parteien ergangene Schiedsspruch vom 26. Oktober ist nichtig.“

„Brennende Ruhr“ bezieht sich das Buch von Karl Grünberg, im Greifenweg, Rudolfstadt 1, Thüringen erschienen. Den Kampf um die Niederlage des Ruhrproletariats im Kapp-Putsch schildert, gibt dieses Buch dem Proletariat für seine kommendigen Kämpfe, manche Lehre und manchen Fingerzeige. Darin, die diese durchzuführen hat, und trägt so, trotz der Verherrlichung der Moskauer Sozialdemokratie, in die die ganze Schilderung ausklingt, mit an der Klassenbewußtseinsentwicklung des Proletariats bei. Es ist dies auch das Einzige, was geboten wird. Nur den Verrat der Sozialdemokratie aufzeichnend und den der KPD, verschweigend, ist es eine reine Spekulation auf die Dummheit und Vergesslichkeit des Proletariats. Umsonst ist dieser Roman nicht in der „Roten Fahne“ zum Abdruck gelangt.

Im Mittelpunkt steht die ideologische Entwicklung eines jungen Chemiestudenten vom Sozialdemokraten zum Barrikadenkämpfer, der aus der Bergarbeit und das Bergarbeiterbewußtsein zu „studieren“. Die Arbeit Grünbergs wäre einer anderen Sache würdiger gewesen, als ein solches Dokument der Kämpfe im Kapp-Putsch kann sie kritischen Lesern trotzdem empfohlen werden, — wenn sie für ein kartoniertes Buch 6,80 Mk. bezahlen können!

## Organisatorische Mitteilungen

Nachruf. Am 15. Januar wurde die sterbliche Überreste des Genossen Jakob Konieczny in Dortmund den Flammen übergeben. Ein Kampfleben hat seinen Abschluß gefunden, wie es in jeder Hinsicht vorbildlich für das klassenbewußte Proletariat sein kann. Kon. ist nur 42 Jahre alt geworden, und starb an einem Unfall, den er sich in der Grube als Berzearbeiter zugezogen hatte.

Von seiner frühesten Jugend an stand er in den Reihen des klassenbewußten Proletariats, arbeitete in der Freiheitsbewegung, in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften. Der Verrat der Reformisten machten den Kämpfer aber nicht irre. Er machte alle Stationen mit durch, von der SPD, zur USP, und KPD, um auch dieser, als sie das revolutionäre Banner sinken ließ, den Kampf anzusetzen in der Erkenntnis, daß die Front der Revolution auf sicherer Grundlage aufgebaut werden muß. Im Jahre 1924 wurde er wegen seiner unbeugsamen Gesinnung aus der KPD ausgeschlossen und kam zur KAPD und AAU. In seinem Kämpferleben blieb ihm nichts erspart, nicht Kerker, nicht Maßregelung und Arbeitslosigkeit; auch nicht das Schicksal des gebetzten Flüchtlings fern von der Familie. Geistig unbegrenzt und der Sache des Proletariats ergeben, und ein Kämpferleben bestiegte, war er ein Vorbild für alle, denen die Sache der Revolution am Herzen liegt. K hinterläßt Frau und zwei Kinder, die um den Vater und Erben trauern. Wir werden dem alten Kampfgesellen das ihm gebührende Andenken bewahren.

KAPD und AAU, Rheinland-Westfalen.

Groß-Hamburg. Am Dienstag, den 5. Februar, bei Eckelmann, Bartholomäusstraße 1. wichtige Mitgliederversammlung. Alle Parteigenossen müssen erscheinen. Der Arbeitssausschuß.

Weißfels. Die Zusammenkünfte der KAP und AAU, finden jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, im Klosterbräu, Marienstr. (ehem. Gewerkschaftssaal) statt. Der Genosse Richard Heckert ist wegen Einbehaltung von Pflichtbeiträgen und Zeitungsgeldern aus der KAP ausgeschlossen. Ortsgruppe Weißfels.

Chemnitz. Die öffentlichen Diskussionen finden wie bisher 14tägig Sonnabends, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Zur Linde“, am Theaterplatz, statt. Gäste willkommen. Eintritt frei — Freie Aussprache. KAP — AAU.

Charlottenburg. Am Freitag, den 8. Februar, abends 7.30 Uhr, findet im Lokal von Jostowicz, Galvanstr. 7, eine Mitglieder-versammlung statt. Thema: Die IWW und wir, oder Klassenorganisation und Partei. — Gäste willkommen!

Ortsgruppe Nowawes der Union. Funktionärsitzung jede Woche Donnerstag, im Restaurant „Dachshöle“, Plantagenstr. Mitgliederversammlung jeden 2. Freitag. Nächste am 25. Jan. Neue Bücher. M. M. Ehrenburg, Babeuf: Die Verschwörung der Gleichen. kart. 2,80 geb. 4,80 Fedin: Die Brüder. — 5.— — 7.— Fedajew: Die Neuzehn. — 3.— — 4,50 Gorki: Märcen der Wirklichkeit. — 3.— — 5.— Gorki: Das blaue Leben. — 3.— — 5.— Sinclair: Der Sündenbock. — 2,80 — 4,80 Trotzki: Die wirtschaftliche Lage in Rußland. — 10,50 Weisskopf: Wer keine Wahl hat, hat die Qual. 2,40 — 3,80 Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Tietz, Berlin N. Jasmunder Str. 20, bei Kresse. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isdonat, Berlin O 17.



3. Zu verweigern, sich gegen Streiks verwenden zu lassen. 4. Zu verweigern, einen Gottesdienst mitzumachen.

Henderson stimmte gegen diesen Antrag, der selbst von einem kapitalistischen Reformisten verteidigt werden konnte. Bei Eröffnung der Versammlung stellte sich heraus, daß eine große Zahl Arbeiter dort war, um das Referat Hendersons unmöglich zu machen. Kaum hat der Vorsitzende das Wort ergriffen und den Namen Henderson genannt, und der Radai bricht los. Es knarrenten Wutausbrüche: „Weg mit dem Verräter!“, „Weg mit dem Spion“, „Mörder!“ Darauf gab der Vorsitzende des anwesenden Labourgesangsvereins ein Zeichen, worauf dieser mit seinem Gesang einsetzte. Als Antwort sprang unser Kamerad Aldred auf einen Stuhl und stimmte das „Lied von dem Aufstand“, des ermordeten Connolly an. „Aufstand“ erwies sich stärker und der offizielle Chor wurde von dem revolutionären niedergebrellt. Die Folge davon war, daß Polizisten gefordert wurden, die sich sofort zu Aldred wandten und ihn aufrufen, den Saal zu verlassen. Dieser weigerte sich, worauf sie ihn niederrissen und dann hinaus schlepften. Damit war die „Ruhe“ wiederhergestellt. Henderson nahm das Wort, aber schon beim ersten Satz stand neuer Radai. Wieder Polizisten, ein paar Frauen wurden verhaftet. Dieses Spiel wiederholte sich noch mehrere Male, bis nach einer Stunde immer erneut einsetzender Unruhe. Deren Verlauf war, daß aufstehende Arbeiter, als Protest den Saal zu verlassen. Etwa 50 Arbeiter verließen im Bloc den Saal, und damit konnte die Versammlung ohne weitere Störung verlaufen. Die revolutionären Arbeiter hatten ihr Ziel also nicht erreicht, die Versammlung wurde nicht gesprengt.

Für Deutschland würde ein solcher Bericht nicht viel Bedeutung haben, solche Versammlungen sind es genug gegeben und gibt es sicher noch. In England ist das anders, es bedeutet eine solche offene Rebellion der Arbeiter gegen die offiziellen Führer, daß die theoretische Scheidung aus den Führerkreisen in die Massen eindringt. Daß die Arbeiter dann eine entscheidende Sprache sprechen, spricht sicher nicht zu ihrem Nachteil. Wir können es nur begrüßen, wenn es zur Selbstverständlichkeit wird, daß Verräter an der Arbeiterklasse nicht in Arbeiterversammlungen sprechen dürfen. In diesem Sinne zeigt auch das Vorkommen in Glasgow, daß die englischen Revolutionäre an der Arbeit sind.

### Holland

Die holländische Sozialdemokratie und ihre linke Strömung. Die Agrarfrage.

Die holländische sozialistische Bewegung hat immer stark unter deutschem Einfluß gestanden, das Vorbild der großen „erfolgreichen“ SPD, und der deutschen „freien“ Gewerkschaften galt als absolut. So ist es begreiflich, daß in den Jahren 1918-23, als die Probleme der „Sozialisierung“ auf der Tagesordnung standen, diese auch von der holländischen SDAP, ins Studium genommen wurden. Es entstand eine Kommission, welche die Zukunftsmusik der Sozialisierung komponierte. Sie hat ihr Kunstwerk im „Sozialisierungsrapport“ verewigt.

Besonders war die Komposition der Hymne an die „Sozialisierung der Landwirtschaft“. Die Schwierigkeit liegt hier eben darin, daß die Entwicklung der Landwirtschaft in Bezug auf die Konzentration des Kapitals ganz anders verlaufen ist, als in der Industrie. In der Industrie immer größere Knotenpunkte von Produktion mit zentraler Vermögensgewalt, in der Landwirtschaft die Konzentration des Kapitals, sondern Erhaltung, bis heute noch ein weiteres Vordringen des Kleinbesitzes. So einfach die Sozialisierung der Industrie für diese Leute ist, die Sozialisierung nur als Verstaatlichung mit staatlicher Vermögensgewalt betrachten, so schwierig erscheint sie in der Landwirtschaft, weil bei ihnen nur die „reifen“ Betriebe, d. h. solche, die in die staatlich-zentrale Vermögensgewalt eingetriedet werden können, für „Vergesellschaftung“ in Betracht kommen.

Die Auflösung dieses schwierigen Problems ist denn auch ein Verlegenheitsprodukt. Der „Rapport“ besagt, daß die bäuerlichen Großbetriebe an den Staat übergehen sollen und der Kleinbesitz in Privatbesitz verbleibt, bis „das steigende Proletariat“ auch auf dem Lande die Bedingungen für allgemeine „Vergesellschaftung“ von Grund und Boden“ herbeigeführt hat. Eines wird aber ausdrücklich erwähnt: „Die Lage der kleinen Bauern ist durch Pachtbesitz nicht zu verbessern, sondern ist nur durch die Sozialisierung zu beheben“.

Dies ist die sogenannte Theorie (und was für eine!), dann aber kommt die Praxis. Man muß bei den kommenden Wahlen auf den Bauernlang; darum erscheint als grundlegende Forderung ein „... rechtliches Pachtgesetz“.

Hier setzen die Linken mit ihrer Kritik ein. Sie decken den Widerspruch in Theorie und Praxis auf, verlangen die Propaganda für die Theorie der SDAP, und wollen die Sozialisierung als zentralen Punkt der Wahlpolitik auf dem Lande. Dabei sind sie freundlich darauf hinzuweisen, daß die „Praxis“ der offiziellen Partei nur durch den Ministerialsozialismus diktiert wird. Die Linken zeigen sich hier als Wächter der Theorie, sie wollen sich nicht durch zeitliche Scheinerfolge von ihren Zielen abbringen lassen.

Da mit die Linken die Sozialisierung der Landwirtschaft in den Mittelpunkt ihrer Forderungen stellen, machen wir darauf aufmerksam, daß die Sozialisierung, so wie sie dieselbe sich denken (Sozialisierung der „reifen“ Betriebe), hier nichts anderes ist, als Verstaatlichung der Großbetriebe, wenn auch unter dem Schein von Selbstverwaltung). West- und Mitteleuropa haben aber überwiegend Klein- und Mittelbauern, und diese werden von der „Sozialisierung“ unberührt gelassen, d. h. praktisch bleiben Dinge in der Landwirtschaft beim alten. Diese Lösung der Agrarfrage ist keine Lösung, diese Sozialisierung der Landwirtschaft ist eine Phrase.

Wir werden später noch zeigen, wie in dieser Auffassung die Eigenart der Entwicklung der Agrarwirtschaft völlig verkantet wird. Vorläufig nur einige Bemerkungen über die Sozialisierung im Allgemeinen.

Wie alle marxistischen Lösungen durch die Aufstiegsperiode des Kapitalismus zu spießbürgerlicher Reformpolitik wurden, so geschah es auch mit der „Sozialisierung“ der Produktion, Mittel und des Grund und Bodens. Die Sozialisierung, so wie Sozialdemokratie und Gewerkschaften sie wollen, führt zwangsläufig zum Faschismus, zur Beherrschung und Ausbeutung der Massen, sei es auch in anderen Formen, als im „freien“ Kapitalismus.

Für die soziale Revolution gibt es keine „reifen“, oder noch nicht „reifen“ Betriebe, sondern ist die kommunistische Gesellschaft als Ganzes „reif“. Nicht der Staat „vergesellschaftet“, sondern die Produzenten. Durch ihre Betriebsorganisationen, regeln sie den Wirtschaftsprozess, und zwar nach dem Maß der auf jedes Produkt, oder jede Leistung verwendeten Arbeitszeit. Nicht der Staat, sondern die Assoziation der Betriebsorganisationen sind die Gesellschaft, und eben durch deren exakte Zeitrechnung hat ein Staat in der Produktion und Verteilung als solche nichts zu suchen. Allerdings erscheint der Staat anfänglich noch, aber für jeden klar und deutlich, als Unterdrückungsapparat zur Niederhaltung der Konterrevolution.

(Schluß folgt.)

### Neue sozialistische Partei in Holland.

Ende Februar wird hier eine neue „revolutionär-sozialistische Partei“ gegründet von dem linken „sozialdemokratischen“ Gewerkschaftler Stohaus und seinem Berufsbruder von NANK. Smevliet. Der Programmwurf läuft mit dem der „Links-“ von der SDAP, parallel.

### Tschechoslowakei

#### Wohin geht der Marsch?

Eine Charakterisierung der Gruppe Neurat in der KPC. Bekanntlich gab es wegen der verschiedenen Abweichungen der KPC und wegen der Politik der Zentrale einen offenen Brief und eine Parteifraktion. In dieser Diskussion bildeten sich verschiedene Richtungen, die aber alle behaupten hinter dem offenen Briefe zu stehen.

Immerhin gab und gibt es eine Gruppe, die eine scheinbar linke Stellungnahme einnimmt. Es ist die Gruppe des ehemaligen Trotzisten Neurat. Ihre Stellungnahme erweist sich aber von Tag zu Tag mehr opportunistisch und ihre Einstellung zu der Streikpolitik der Gewerkschaften und zur „Einheitsfront“ verstoßt gegen das Moskauer Gebot, daß Stalin am 31. Weltkriegsgebot sein Volk erhebt. Sie ähneln der Brandiergruppe wie ein Ei dem anderen. Kurz und gut sie marschieren unter dem Deckmantel linker Phrasen zur Sozialdemokratie. In Komintern befindet sich zwar auf demselben Wege, aber sie macht das mit dem Takt und nicht so überstürzt wie diese Hitzköpfe, die wohl bald am längsten Moskauer Brot recken haben werden.

Drum raub ihnen Reichtum in der Komintern, lernt daraus eins: ihr kommt schon zur Sozialdemokratie, aber bis dahin Geduld und keine Ueberlebe.

### Polen

Die Lage des polnischen Proletariats unter dem Pilsudski-Regime.

Die Wirtschaftspolitik der polnischen Regierung ist darauf gerichtet, den Kapitalismus vor allem auf der Grundlage eines starken landwirtschaftlichen Kleinbesitzes (Großbauern und Großgrundbesitzer) zu stabilisieren. Die Stärkung der Landwirtschaft wiederum soll erreicht werden durch Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse (Genehmigung der Getreideausfuhr, durch Erzwungener Parzellenverteilung und Regelung der Bodenbesitzverhältnisse) und durch Gewährung von Krediten an den Großgrundbesitz. Diese Politik wird von der Pilsudski-Regierung im engen Einvernehmen mit den Vertretern der Industrie betrieben, weil die wirtschaftliche Stärkung des Großgrundbesitzes (der Großgrundbesitzer und Großbauern) den Absatzmarkt der polnischen Industrie erweitert, so der Metallindustrie (landwirtschaftliche Maschinen), der chemischen Industrie (kaufliche Dingenmittel) und der Textilindustrie (1927 z. B. war am Lodzer Textilmarkt das Großunternehmen der Hauptkäufer). Die Produktion wurde auf Kosten der Arbeiter verbilligt, d. h. durch ununterbrochene Steigerung der Intensität der Arbeit (Rationalisierung), Verlängerung des Arbeitstages, niedrige Löhne, Abbau der Sozialversicherung usw.

Die Regierung läßt es aber auch nicht an einer direkten Unterstützung der Industrie fehlen. Sie unterstützt die Industrie insbesondere durch staatliche Aufträge. Als eine unerwartete, sehr wertvolle Unterstützung der polnischen Wirtschaft und der Außenhandelsbilanz Polens erwies sich der Streik der englischen Bergarbeiter von 1926. Der polnische Kohlenbergbau erweiterte nicht nur die Förderung und den Export, sondern eroberte auch einen erheblichen Absatzmarkt, so besonders den skandinavischen Kehlmarkt, wo Polen heute mit England konkurriert. Von 1926 bis 1928 herrschte in der polnischen Industrie Hochkonjunktur. Die Kohlenförderung erhöhte sich im August 1928 gegenüber 1926 von durchschnittlich monatlich 288 Millionen Tonnen auf 341 Millionen Tonnen, die Eisenproduktion von 326 631 Tonnen (Januar-Juli 1927) auf 391 189 Tonnen (Januar-Juli 1928), die Stahlproduktion in derselben Zeit von 710 836 auf 773 922 Tonnen. Der Verbrauch pro Kopf von zahlreichen Waren nahm von 1927 zu, hauptsächlich der Verbrauch von Kohle und Eisen. Auch die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter stieg in derselben Zeit wesentlich, blieb jedoch hinter dem Wachstum der Produktion zurück — eine für die kapitalistische Rationalisierung überhaupt charakteristische Erscheinung. Im Zusammenhang mit der Konjunktur verringerte sich ebenfalls die Zahl der Arbeitslosen von 190 600 im Mai 1927 auf 84 000 im September 1927. Die Belebung der Industrie wirkte sich gleichfalls auf die Zunahme der „produktiven“ Einfuhr, wo Polen heute mit Einfuhr von Maschinen und Rohstoffen. Immerhin bleibt die Frage der Aus- und Einfuhr die schwache Seite des Stabilisierungsplans der polnischen Regierung. Tatsächlich kann man feststellen, daß nach der vorübergehenden Konjunktur besonders im Kohlenbergbau, die Gesamtzahl der Ausfuhr sinkt, während die Einfuhr wächst. Seit April 1927 nimmt die Passivität der Handelsbilanz ständig zu (im ersten Halbjahr 1928 betrug das Passivsaldo 500 Millionen Zloty). Nur mit Hilfe der

amerikanischen Anleihe zu sehr schweren Bedingungen ist es der Regierung gelungen, die polnische Valuta auf der Dollarbasis von 8:14 zu stabilisieren. Neben des Exportschwierigkeiten hat die polnische Industrie besonders die Textilindustrie in der letzten Zeit auch mit Absatzschwierigkeiten auf dem Innenmarkt infolge der gesunkenen Kaufkraft der arbeitenden Massen zu kämpfen. Es macht sich eine Überproduktion bemerkbar, vornehmlich in der Textilindustrie. Alle diese Schwierigkeiten der polnischen Wirtschaft, die 1928 zeichnerisch in der Export- und Importbilanz, wirkten sich 1928 zeichnerisch 1927 in einer bestimmten Hemmung des Entwicklungstempes der Industrie und hauptsächlich auf die Lage der Arbeiterklasse aus, gegen die das Kapital die Offensive verstärkte.

Das charakteristische Merkmal der kapitalistischen Rationalisierung — die Verbilligung der Produktion nicht so sehr durch technische und organisatorische Vervollkommnung, als durch verstärkte Ausbeutung der Arbeiterklasse, — tritt in der polnischen Industrie noch stärker zutage als in der Industrie irgend eines anderen Landes. Mit besonders barbarischen Methoden wird die Textilindustrie rationalisiert. Die Weber bedienen nicht mehr zwei, sondern vier und sogar sechs Webestühle, was bei der geringen Qualität des Gespinnstes einen richtigen Raubbau am Nervensystem des Arbeiters bedeutet. Wo automatische Webstühle eingeführt sind, werden zwölf solcher Webstühle von einem Arbeiter und einer Hilfskraft bedient. Mit steigender Arbeitsproduktivität wird die Leistungsnorm erhöht und der Akkordpreis gesenkt. So hat die Firma Ponsanski in Lodz im Sommer dieses Jahres einigen Arbeitern den Lohn um 20 bis 25 Prozent gesenkt (das war die Hauptursache des Konfliktes in der genannten Firma, der mit einem polizeilichen Blutbad unter den Arbeitern endete). Als allgemeine Erscheinung kann festgestellt werden, daß die Arbeiter bei Umstellung des Betriebes, d. h. Verringerung des Personalums der Webstühle, eine entsprechende Lohnerhöhung forderten. Das war ebenfalls eine der Forderungen im letzten Streik der polnischen Textilindustrie.

Eine bemerkenswerte Auswirkung der Offensive des Kapitals auf der Linie der „Rationalisierung“ und die sogenannten „Straftabellen“, die in den Betrieben ein unmenschliches Regime aufrichten. Nach diesen Tabellen ist das Händewaschen, der Besuch der Klosetts normiert. Wer sich die Hände häufiger und länger als drei Minuten wäscht, muß Strafe zahlen. Die Tabellen sind auf Grund eines Regierungserlasses ausgearbeitet, so daß es sich hier um eine vereinbarte Offensive des Kapitals und der Regierung handelt. Daher war der Streik der Lodzer Textilarbeiter, der am 17. September in Verbindung mit dem erwähnten Erlaß ausbrach und bis zum 22. September dauerte nicht nur ein Kampf gegen das Kapital, sondern auch gegen die arbeiterefeindliche Gesetzgebungsmaschine der Regierung.

In der Bauindustrie wird die Rationalisierung ebenfalls verstärkt durchgeführt. Die Kohlenbarone haben bei achtstündiger Arbeitszeit gegenüber dem Zehnstundentag vor dem Kriege eine Steigerung des Arbeitsvertrages um 11,5 Prozent erreicht. Ebenso sind die Verhältnisse in den anderen Industrien. Andererseits hat die Rationalisierung wie überall auch in der polnischen Industrie als Begleiterscheinung eine Abnahme der Zahl der beschäftigten Arbeiter häufig um 30 bis 35 Prozent und eine gestiegene Produktivität gebracht. Entlassen wurden Personalums der alten Arbeiter. In der Sprache der Industriellen nennt sich das „Verjüngung der Belegschaft“ bedeutet aber hauptsächlich den Ersatz der erwachsenen Arbeiter durch die billigeren Arbeitskräfte der Frauen und Jugendlichen. Die Unternehmer benutzen den Abbau ebenfalls, um die Betriebe von den aktiven Elementen der Arbeiterklasse zu säubern, von den Vertrauensleuten, überhaupt von all den Arbeitern, die sich während der Konflikte durch ihre revolutionäre Gesinnung hergehalten haben. Diese Fälle kamen besonders vor in der Textilfabrik in Lodz, in der Metallindustrie Warschaus, in den Gruben von Dombrowa, in der Lebensmittelindustrie und in den Sägewerken der Westküste und Weißrusslands. Diese Politik der Unternehmer, die sie systematisch verwirklichen, wird von den polnischen Arbeitern mit Recht der „wirtschaftliche Terror“ genannt. In vielen Fällen verstehen es die Arbeiter, den Vorstoß der Unternehmer abzuwehren. Bei vielen Zusammenstößen wird stets die Widerstandslinie der arbeitenden Massen gefordert. Die Methode der Unternehmer gegenüber den wirklichen Entlassungen ist die, daß sie gern eine Entschädigung im Betrage von mehreren Monatslöhnen zahlen, um sich von den ihnen unerwünschten Elementen zu befreien. Das Kapital will sich wieder herstellen, die Arbeiter sichern die sich der Rationalisierung technisch angepaßt haben und — „zuverlässig“ sind.

(Schluß folgt.)

### Organisatorische Mitteilungen

Für den Preisfondus folgen ein: O. F. Wrietzen, 1.— Mk. Brandes, 2. Bez., 25.— Mk. Schmidt, 3. Bez., 25.— Mk. Kraft, 4. Bez., 20.— Mk. Weiß, 17. Bez., 20.— Mk. Hederich, Essen, 1.60 Mk.

### Hamburg-Einsbüttel

Die für den 12. Februar angesetzte Versammlung findet schon am 11. Februar statt. Lokal: Bellinghaff, Ecke Oster- und Schwenckestraße. Thema: Was lehnen die letzten Streiks? Der Arbeitsausschuß.

### Groß-Berlin

Freitag, den 22. Februar 1929, pünktlich 20 Uhr. Allgemeine Mitgliederversammlung der Partei „...Andreasfestsaal“, Andreasstraße.

### Wichtige Tagesordnung

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

### Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die

### „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Geschäftsstelle, Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Tietz, Berlin N. Jägerstraße 20, bei Kreuzberg. Druckerei: Arbeiter-Literatur, W. Isidorow, Berlin O 17.

10. Jahrg Nr. 7

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, auch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 16. Februar 1929

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. I. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2.50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2.10 und monatlich 0.86 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

## Hinter den Kulissen

Trotz Wintersport und Arbeitslosen-Elend hat die Republik ihren Karneval gefeiert. Narische Abende haben die sozialdemokratischen Ministerlinge über den Jammer der breiten Volksmassen getöstet. Sie haben das Elend der Arbeitslosen so intensiv begriffen, daß sie die Krisenrisikoprüfung ihrer eigenen Partei als zu weitgehend empfanden und ablehnten. Es dauerte sie nur der Geduldeten des Kapitals, über dessen Ausstaben sie mit der Verantwortung trugen. Tod den Erwerbslosen. Leben für das Kapital ist ihre Parole. Selbst die zentrumsgläubigen Arbeiter sprechen von den sozialdemokratischen Kapitalkreuzen. Das Zentrum bewilligt den Erwerbslosen die Mittel, die sozialdemokratische Lakaenzeit verweigern zu müssen gläubig. Die Sozialdemokratie will um jeden Preis beweisen, daß sie nicht kapitaltreuer ist als die Partei des katholischen schwerindustriellen Kapitals. Klöcker contra Wiesel ist Kickerer über Wiesel.

Das Zentrum geht auf der Regierung Hermann Müller in dem Augenblick, als aus dem losen Zusammenspiel eine enge Koalition werden soll. Es scheint die Verantwortung für das „Notjahr“ 1929, für die Neuregelung der Reparationslasten, für die kommende blutige Unterdrückung der Arbeiterschaft, für die notwendige steigende Ausbeutung des Proletariats durch weitere Herabsetzung des Reallohns. Es verzichtet auf die Ministerposten, auf die „Republikanismus“ der Reichsämtler durch seine Mitglieder. Die Sozialdemokratie teilt mit den Demokraten die Ehre, die Regierung der deutschen Republik zu bilden. Pest und treu bleiben sie auf ihren Posten. Sie lieben fest wie Pech und lassen sich nicht ausrücken. Hindenburg, der Vater der Bürgerblockregierung, deckt ihren heldenhafte Eitelkeit, allein auf weiter Flur zu sein. Er kann sich auch keine besseren Schwächler für Deutschlands neuen Imperialismus denken als die panzerkreuzerbewilligte völkerbefreiende internationale Sozialdemokratie. Die erwarteten Herren Hermann Müller, Severing, Hilferding und Wiesel sind wirklich ein glückliches vierbürtiges Knechtlein. Eine Seltenheit, die man suchen muß.

Der brave Mann, der gute Sozialdemokrat, fragt sich mit Entsetzen, warum reißt sich „unser“ Parteivorstand so danach, für alles kommende Elend verantwortlich zu zeichnen? Er versteht den Sinn der Liebe zu den Ministerseßeln nicht. Die Antwort macht ihn stutzig. Die Republik ist in Gefahr. Die Ministerseßel auszugeben, die Koalitionsregierung unmöglich zu machen, bedeutet den Sieg der „Reaktion“. Der Stahlhelm steht marschbereit, er wartet nur auf das Signal zum Angriff. Die Bürgerblockregierung ist der Krieg mit Frankreich, ist das Ende der „Verständigungspolitik“. Sie bedeutet die Ablehnung der Reparationen, die Kündigung der Auslandskredite, das Aufliegen der ach so herrlich stabilisierten Wirtschaft. Damit marschiert Hand in Hand das Elend der Arbeiterschaft. Die Republik, der Schutz und Hort des arbeitenden Volkes, fällt. Der Stahlhelm bereitet schon den Volksentscheid, Republik oder Monarchie, vor. Er hat den Zeitpunkt geschickt auf die Zeit nach Abschluß der Reparationsverhandlung gelegt, um eine breite Unterlage für seinen Feldzug gegen die Republik zu haben. Bürgerblockregierung bedeutet den freien Aufmarsch der reaktionären Truppenmassen. Die Sozialdemokratie halte deshalb die Republik für genau so gefährdet wie im Herbst 1923 zur Zeit des drohenden Marsches von Hitler in Berlin. Sie müsse deshalb auch die deutsche Wirtschaft zusammenhalten. Deshalb sei es auch insbesondere notwendig, mit jedem Pfennig zu rechnen, — eine Inflation mit ihren Folgen zu vermeiden. Die Bourgeoisie wolle Vabanque spielen. Die Sozialdemokratie setze für Ruhe und Ordnung. Schätze die Republik und damit die Zukunft der Arbeiterschaft.

Aus diesen Argumenten ersieht man das Maß des Heroismus der vier Ministerlinge. Sie kleben nicht etwa, nein sie retten die Republik und Hindenburg unterstützt sie dabei. Taper nehmen sie den Pfuch der Millionen auf sich, die unter der schweren Faust des deutschen Kapitals ächzen. Sie werden das Reparationsabkommen decken und die jahrelangen Tributzahlungen noch als sozialdemokratisch. Erfolg preisen. Sie werden ein Trommelfeuer von Verbindlichkeitsklärungen, von Schiedssprüchen auf die Arbeiterschaft niederprasseln lassen. Nachdem sie dann die Arbeiterschaft niederprasseln lassen, werden sie den Sieg der Republik feiern. Ihr einziger Bundesgenosse ist das Bank- und Handelskapital, dessen Repräsentant die demokratische Partei ist. Diese Kapitalgruppe hat das stärkste Interesse an einer möglichst selbstlosen Regierung, der „Reparationsregierung“. Sie ist am stärksten mit dem Weltmarkt und der Weltwirtschaft verbunden.

## Die Sklavenhalter in Paris

Vor einigen Wochen schnarrte die aufgeregte „öffentliche Meinung“ aufdringlich aus dem Zeitungspapier. Parker Gilbert, der Reparationsagent, hat in seinem letzten Bericht über die deutsche Wirtschaft sinngemäß ungefähr folgendes bekannt gegeben: Die Gläubiger Deutschlands gede es eigentlich nichts an, wieviel Arbeiter umkommen. Das liegt eben so im System. Aber das deutsche Kapital hat sich ganz nett herausgemacht, meinte er. Milliarden könnten gespart werden an dem kostspieligen Verwaltungsapparat. Und die Summen für Panzerkreuzer und sonstige militärische Zwecke muß man doch auch „abribig“ haben, sonst wären sie ja nicht da. Und außerdem wären die Dividenden im großen und ganzen immer noch ganz nett ausgefallen. Und überhaupt müsse man nicht ernstlich an Schuldentilgung denken, die Zeit des Schuldentilgungens ist vorbei. Das hat der Mann gesagt, der deswegen da ist, um nach dem Rechten zu sehen, damit ein verschuldeter Gauner nicht zumunsten der skapellosen Geldverleiher und Gläubiger beliebige Schiebungen vornimmt; wenigstens so man hier und da hört, daß alle Harmlosigkeit, mit der man hier schwindeln möchte, nichts nützt. Und er hat es außerdem auch gerade teilt gesagt, damit die Harmlosen auf der bevorstehenden Reparations-Konferenz in Paris wissen sollen, daß alles Lamentieren und alles Geschrei nicht nur nichts nützt, sondern außerdem noch von Schaden sein kann. Und das hat auch geheißen. Ganz still ist es geworden im deutschen Blätterwald. Die gelährigen Büttel sind nach der Sachverständigen-Konferenz getrottet, und erwarten dort das Urteil, gegen das es keine Reklamation gibt. Was soll dort verhandelt werden?

Sämtliche alliierte Regierungen verlangen von Deutschland die Aufbringung der von ihnen an die Vereinigten Staaten geschuldeten Summen. Frankreich und Belgien darüber hinaus noch einen Betrag für die Kosten des Wiederaufbaues.

Die deutsche Schuld wird also voraussichtlich in zwei Teile zerlegt werden, von denen der eine zur Deckung der interalliierten Schuld, der zweite als Entschädigung für die zerstörten Gebiete bestimmt sein wird. Der Gegenwertswert wird von den Sachverständigen auf etwa 19 Milliarden berechnet und dafür wäre eine Reduktion nur zu erwarten, wenn Amerika sich zu einem Nachlaß seiner Forderungen an die europäischen Schuldner bereit finden würde.

Damit ist aber, wenigstens für die nächsten Jahre, kaum zu rechnen. Frankreichs Kosten für den Wiederaufbau betragen etwa 16 Milliarden, die Belgiens sind zum größten Teil durch seine Priorität auf die früheren deutschen Zahlungen bereits gedeckt. Infolgedessen dürfte die endgültige deutsche Kapital-schuld auf den Betrag von 30 bis 32 Milliarden kommen. Wie hoch in Zukunft die deutschen Jahresraten sein werden, hängt von der Dauer der Zahlungen und von der Höhe des Diskontsatzes für die eventuelle Frühzahlung ab.

Das deutsche Kapital hat natürlich das größte Interesse daran, eine endgültige Regelung herbeizuführen, um die Arme frei zu bekommen für eine Disposition, die nicht von einem Gläubiger, von dem man gar nicht weiß, wieviel man ihm schuldet, über den Haufen geworfen wird. Es will durch endgültige Festlegung der Gesamtreparationssumme und der zu leistenden Raten eine ihm lästige Kontrolle loswerden, nicht nur im wirtschaftlichen Sinne, sondern auch die politische „Unabhängigkeit“ steht auf der Tagesordnung.

Und deswegen war auch das Geschrei von wegen der „Armut“ Deutschlands. Solange das deutsche Kapital Kredite gebraucht, ließ es sich von dem Reparationsagenten gern beschleichen, daß der Aufstiege der deutschen Wirtschaft einfach „fabelhaft“ ist. Nun es natürlich aus Zahlen geht, sieht der arme Mann, der gern zahlen möchte und nicht kann, mit dem weiteren Gesicht da und bettel, man möge ihm doch wenigstens die letzte Ziege nicht nehmen.

Eine Sabotage der Reparationsverpflichtung würde für sie den Zusammenbruch oder zumindest außerordentlich starke Verluste bedeuten. Die Stabilität der deutschen Währung wäre dann gefährdet. Dies würde sich besonders bei der Rückzahlung auswärtiger Kredite auswirken, im Gegensatz zum Bank- und Handelskapital ist das schwerindustrielle Kapital nicht in so erheblichem Maße an einer Reparationsregulierung interessiert. Es rechnet immer noch wie im Jahre 1923 mit der „Reparationsregulierung“ Rheinland-West-

Das Proletariat darf sich von diesem gerissenen Spiel der kapitalistischen Gauner untereinander nicht irremachen lassen. Der Reichtum des Kapitals hat zum Gegenpol die steigende Ausbeutung des Proletariats. Das Reparationsproblem ist nichts anderes, als der Versuch, das durch den Krieg zerstörte „Gleichgewicht“ wieder herzustellen. Das Proletariat hat Blut und Leben, eine ganze Generation hingegeben, hineingeworfen in den Hexensabbath einer „Ordnung“, in der der Irrsinn als Heldentum proklamiert wurde; und soll nun die „moralische Pflicht“ auf sich nehmen, eine weitere Generation auf dem „Schlachtfeld der Arbeit“ umbringen zu lassen, damit entsprechend dem gesteigerten Kapitalprofit das Loch ausgefüllt wird, das Berge von Leichen nicht auszufüllen vermochten. So lehren es die Herren Sozialdemokraten und Gewerkschaften, und der „Vorwärts“ hat im Moment nur eine Sorge: keine reaktionäre Autorität! Das deutsche Kapital legt auch hier eine „Verantwortungsmöglichkeit“ an den Tag, die bei der Stampfpartei „ehriches“ Entsetzen auslösen muß.

Das Proletariat jedoch muß wissen, daß die Sorgen parlamentarischer Kreits nicht seine Sorgen sein dürfen. Hinter der „Unabhängigkeit“ des Kapitals lauert die Elendbegründung zur Rüstung für den „Platz an der Sonne“. Die Panzerkreuzerpartei läßt keinen Zweifel darüber, daß sie der Republik zu geben gewillt ist, was der Republik ist, — einen Kaiser haben wir nicht mehr. Aber einem Gott, der durch seine Diener mit dem Konkordat winken läßt, verweigert die Panzerkreuzerpartei um der Ministerseßel willen nicht den Tribut; und die „Linke“ sorgt mit radikalem Getöse für die Einheit der Partei, in der die Proletariat die Gefangenen wird gewordener Patrioten bleiben müssen, weil sie sich gegen den Apparat nicht wehren können.

So kann dann zur schnelleren Begleichung der Kriegsschuld die Rationalisierung von neuem angekurbelt werden, zu den Millionen der Arbeitslosen kommen Millionen hinzu, um der „moralischen Pflicht“ willen. Ueber die Kriegskredite hinaus sind die Zinsen für die gemachten Schulden fällig, und darüber hinaus das Tempo der Kapitalanhäufung, das einen erfolgreichen Konkurrenzkampf garantiert. Folgt das Proletariat den Rattenfängerweisen parlamentarischer Spekulationen auf proletarische Dummheit, spielt es die Rolle des Esels, der hinter dem Heubüdel herrennt, das man ihn in die Deichsel gebunden hat, ist diese Politik erfolgreich, ist die Garantie der Ausbeutung bis zum Weißbluten, bis zum völligen Erschöpfen gegeben.

Aber es liegt in der harten Dialektik der wirklichen Entwicklung, daß die Arbeitermassen durch diese Politik immer von neuem von der dadurch geschaffenen sich verschärfenden Katastrophe wachgerüttelt werden, bis sie endlich begreifen, daß das Proletariat mit dem Kapitalismus nichts, auch gar nichts mehr gemeinsam zu „regeln“ hat. Die „Wiedergutmachung“ des Proletariats muß darin bestehen, zu begreifen, wieviel es selbst versäumt hat, daß es die wahren Schuldigen, die kapitalistische Ordnung und die Nutznießer dieser Ordnung, nicht auf den Schindanger der Geschöfte warf, und so erst die Voraussetzungen schuf für die Möglichkeit gesellschaftlicher Arbeit, zum Nutzen aller arbeitenden Menschen, nicht zum Nutzen des Profits. Den Sachverständigen der internationalen Sklavenkönige, die sich in Paris versammelt haben, um darüber zu beraten, wie man noch besser Riemen an der Haut der Sklaven schneiden kann, hat das Proletariat zu erklären: Auch wenn Eure „Schweigepflicht“ noch so wichtigend aus allen Beobachtungen grinst: Was für das Proletariat auf dem Spiel steht, ist für klassenbewußte Arbeiter kein Geheimnis. Daß das Maß einmal voll wird, dafür werden die großen Schweizer selbst sorgen. Die Rechnung, die das Proletariat zu präsentieren hat, steht noch aus. Sie wird nicht von Pappé sein!

Allen vom Reiche und der etwaigen Angliederung an das französische Kapital. Deshalb legt auch das Zentrum kein Gewicht auf eine Beteiligung an der Regierung. Schließlich bildet die Ausnutzung der verantwortlichen Übernahme der von neuem geregelten Reparationslasten durch die Sozialdemokratie eine Stärkung der politischen Position der Bourgeoisie. All diese Grände lassen es der Bourgeoisie als opportun erscheinen, der Sozialdemokratie nach außen die Verantwortung zu

## Soeben erschienen

die 3. vom Autor erweiterte Auflage

### „Der historische Materialismus“

Für Arbeiter erklärt von Hermann Gorter

124 Seiten, broch. 1. B., Lsg. gebd. 2.50 B.

Zu beziehen durch den Verlag: Buchhandlung für Arbeiter-Literatur Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13